

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nr. 12/98 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ Dezember 1998

Liebe Vereinsfreundinnen und -freunde!

Wieder neigt sich ein Jahr seinem Ende zu. Für die Mitglieder unseres Vereins war es zumindest in zweierlei Hinsicht von besonderer Bedeutung. Zum einen durch die lang er kämpfte Anhörung zum Gesamtkomplex des AAÜG durch das Bundesverfassungsgericht am 21. Juli 1998. Zum anderen durch die Bundestagswahl, mit der erstmals in der Bundesrepublik Deutschland eine amtierende Bundesregierung durch ein Wähler-votum abgelöst wurde. Die Mitglieder unseres Vereins haben gemeinsam mit denen anderer Verbände und Vereinigungen mit ihren politischen Aktivitäten im Ringen um soziale Gerechtigkeit in unserem Land dazu beigetragen.

Unsere in der politischen Auseinandersetzung vertretenen Positionen, die in der Entschließung unserer Vertreterversammlung festgeschrieben sind, legen wir als Meßlatte auch an die Politik und das Handeln der neuen Bundesregierung.

Das haben wir in zahlreichen Schreiben an die Fraktionen des neuen Bundestages, Mitglieder der Regierung, an im Bundestag vertretene Parteien sowie die Regierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Es war wichtig und notwendig, auch jetzt unsere Forderungen zur restlosen Beseitigung allen Renten- und Versorgungs-unrechts gegenüber den Regierenden deutlich zu machen, zumal sie im neuen Programm der Bundesregierung trotz einer Reihe positiver Aspekte nicht oder nur sehr unzureichend berücksichtigt wurden.

Unsere Erfahrung bestätigt, daß im Kampf um soziale Gerechtigkeit ohne ständige Forderungen keiner Regierung etwas abzuringen ist. Deshalb sollten wir uns erneut mit Briefen an die Bundesregierung wenden und das Ende des Renten- und Versorgungs-unrechts einfordern.

Wir wissen, der Weg dorthin wird nicht konfliktfrei verlaufen. Jetzt geht es vorrangig darum, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Das ist auch der Weg für sichere Renten sowie für die Beibehaltung und Erneuerung des Generationsvertrages.

Wir alle hoffen darauf, daß Bundestag und Bundesregierung nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes rasch handeln

und das AAÜG zur Beseitigung des Rentenstrafrechts grundlegend novellieren.

Unser jahrelanger Kampf gegen das Rentenstraf- und Versorgungsunrecht wird aber leider nochmals einer harten Geduldsprobe ausgesetzt. Als am Ende der mündlichen Verhandlung am 21. Juli 1998 der Vorsitzende Richter des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Grimm, feststellte: „Ab morgen wird der Senat beraten. Wenn wir fertig sind, geben wir den Termin der Entscheidung bekannt“, waren wir alle darüber erfreut. Die meisten Teilnehmer an der Verhandlung vertraten die Ansicht, daß das Urteil nach ca. drei Monaten kundgetan würde. Nach dem Oktober richtete sich die Erwartung auf den Dezember. Aber auch das war leider ein Irrtum.



Vollen Erfolg im neuen Jahr!

Die Randbemerkungen der Pressesprecherin des BVG: „Es handelt sich um das komplexeste und komplizierteste Verfahren seit Bestehen des BVG“ waren wohl unterschätzt worden.

Eine Nachfrage des Vorstandes von ISOR e.V. Ende November beim BVG ergab, daß der 1. Senat u.a. wegen der Fülle der im Vorfeld und in der mündlichen Verhandlung zusammengetragenen Fakten und Probleme noch diskutiere und an einer Entscheidung intensiv arbeite. Man sei bemüht, am Ende des ersten Quartals 1999 zum Abschluß zu kommen.

Klar ist: Trotz aller politischen Erklärungen und Absichten wird die neue Bundesregierung nicht handeln, ohne das Urteil aus Karlsruhe zu kennen. Wie schnell es dann zu einer Änderung kommt, hängt auch vom Druck von unten ab.

Auf das Urteil des 1. Senats des BVG können wir nur warten. Das bedeutet aber nicht, in Untätigkeit zu verfallen, im Gegenteil! Die neuen Regierenden müssen immer wieder und sofort an ihre Versprechen erinnert werden. Das ist unser notwendiger und möglicher Einfluß, die Zeit bis zur Neuberechnung der Renten nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes abzukürzen. Ich bitte alle Mitglieder, sich durch nichts von unserem Kampf abbringen zu lassen und weiterhin aktiv und solidarisch zu handeln.

Unmittelbar nach der Entscheidung des BVG wird der Vorstand das Ergebnis und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für ISOR e.V. mit dem Beirat und den TIG-Vorständen im Rahmen von Schulungen beraten. Über unsere weitere Vorgehensweise wird die daran anschließende Vertreterversammlung entscheiden.

1998 hat unsere Organisation an Kraft und Stärke zugenommen und arbeitet stabil. Durch Neuaufnahmen von 858 Mitgliedern haben wir einen Mitgliederstand von fast 26.000 erreicht. Bedauerlicherweise sind dem gegenüber 417 Vereinsfreunde ausgeschieden, davon 238 durch Austritte. Solidarität, gegenseitige Hilfe und Beistand in schwierigen Lebenslagen sind und bleiben oberste Maxime unserer Arbeit.

Ich möchte im Namen des Vorstandes und des Beirates den TIG-Vorständen, den Betreuerinnen und Betreuern bzw. den Gruppenkassiererinnen und -kassierern für ihr unermüdliches, opferbereites und aktives Wirken danken. Sie haben wesentlichen Anteil daran, daß die politischen und juristischen Aktivitäten in den TIG erhöht wurden und daß durch die bisherige Realisierung der Bereitschaftserklärungen für Spenden unsere vereinspolitische Arbeit erfolgreich durchgeführt werden konnte. Dank gebührt ebenso allen anderen Spendern und den bereits aus dem Rentenstrafrecht entlassenen Klienten unserer Rechtsanwältin.

Im Namen des Vorstandes und des Beirates von ISOR e.V. wünsche ich für das neue Jahr alles erdenklich Gute, Gesundheit und Freude im Kreise der Familie und der Freunde, vor allem aber, daß es das Jahr der restlosen Aufhebung des Rentenstrafrechts und des Versorgungs-unrechts für alle werde.


HORST PARTON, Vorsitzender

Sozialpolitische Konferenz der PDS

Unter dem Motto „Für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde“ hatte der Landesverband der PDS Mecklenburg-Vorpommern für den 20./21. November 98 zu einer sozialpolitischen Konferenz eingeladen. An ihr nahmen neben Kommunalpolitikern des Landes Vertreter von Gewerkschaften, regionalen Bündnissen, Verbänden und Vereinen teil, unter ihnen der BRH und ISOR e.V.

Allein die Teilnahme von Spitzenpolitikern der jetzt in Regierungsverantwortung stehenden demokratischen Sozialisten Helmut Holter,

Landesvorsitzender der PDS und Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Dr. Martina Bunge, stellvertretende Landesvorsitzende der PDS und Sozialministerin, verdeutlichen, daß die Sozialpolitik der PDS eine gravierende Rolle in der Landespolitik einnimmt und im wahrsten Sinne des Wortes als „Chefsache“ gehandhabt wird. Herzlich wurde der Staatssekretär Prof. Dr. Axel Azzola begrüßt, dessen Berufung im übrigen in allen TIG Mecklenburg-Vorpommerns auf freudige Zustimmung stieß. Nicht zuletzt darin werden die Veränderungen, für unseren Kampf günstigeren Wirkungsbedingungen sichtbar, die auch in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS ihren Ausdruck finden. So sieht dieses Dokument im Punkt 102 vor: „Die Landesregierung wird sich im Zusammenwirken mit den anderen neuen Ländern darum bemühen, diskriminierende Regelungen bei der Rentenüberleitung zu beseitigen.“

Selbstverständlich war diese Problematik Diskussionsgegenstand des BRH-Vertreters Dr. Reinhold Winkel, Landesvorsitzender des BRH Mecklenburg-Vorpommern, sowie des Autors als Vertreter des ISOR-Vorstandes. Die PDS sieht es als Aufgabe an, mit den anderen sozialdemokratisch geführten Regierungen der ostdeutschen Länder eine gemeinsame Bundesratsvorlage einzubringen.

In umfassender Diskussion wurden in vier Arbeitskreisen weitere Bereiche der Sozialpolitik diskutiert, wie die Lage auf dem Arbeitsmarkt, Fragen der sozialen Grundsicherung, der Gesundheitspolitik sowie der Alten-, Kinder- und Jugendpolitik.

Jedem war klar, daß die erste rot/rote Regie-

rung in Ostdeutschland vor großen Aufgaben steht und die Erfolge nicht im Selbstlauf zu erringen sind. Aber die Bürger des Landes haben den politischen Wechsel gewollt und – wie es im Punkt 1 der Koalitionsvereinbarung heißt: „SPD und PDS fühlen sich gemeinsam verpflichtet, diesen Auftrag in praktische Politik umzusetzen“.

Die sozialpolitische Konferenz der PDS war ein richtungweisender und hoffnungsvoller Auftakt für eine gerechtere und menschenwürdigere Sozialpolitik im Land. Tragen wir dazu

der Zeit der DDR bestimmte Beträge überschritt, erhalten keine angemessene Altersversorgung. Während auf allen anderen Gebieten nach wie vor große Anstrengungen unternommen werden, die Folgen der Teilung endgültig zu überwinden und die Lebensverhältnisse einander anzugleichen, ist eine Lösung für diese Menschen nicht einmal ansatzweise erkennbar.

Die älteren Mitbürger im Osten erhalten Rente nach westlichem Muster, was ihnen überwiegend Vorteile gebracht hat und wodurch sie an der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt bleiben. Hiervon teilweise ausgeschlossen sind indes Personen, die in der

Zeit der Teilung überdurchschnittlich verdient haben, und zwar nicht als Kerntruppe des alten Regimes, sondern z. B. als Führungskräfte in der Verwaltung, als Mediziner, Hochschuldozenten, Schulleiter oder Führungskräfte von Polizei und Armee. Sie erhalten bestenfalls die Höchstrente aus der Gesetzlichen Rentenversicherung, während vergleichbare Mitbürger in den westlichen Ländern über eine deutlich höhere Versorgung, oft aus mehreren Quellen, verfügen. Anders als die jüngeren Menschen im Osten können die Älteren, die ohnehin in besonderer Weise die Last der deutschen Teilung getragen haben, für ihr Alter auch nicht mehr zusätzlich vorsorgen. Sie ziehen den kürzeren, ob sie sich nun vergleichen mit ihren Altersgenossen im Westen oder

mit den Amtsnachfolgern im Osten.

Das Land Berlin, das die Folgen der Teilung bis in unsere Tage besonders hautnah spürt, hat deshalb schon in einem Gesetzentwurf aus dem Jahre 1995 (BR-Drucksache 616/95) zusätzliche Maßnahmen zugunsten der Altersversorgung dieser Gruppen gefordert. Die Begründung für diese Forderung ist in der Zwischenzeit noch dringlicher geworden.

Die Betroffenen sind einsichtig genug, daß sie die Gleichstellung mit ihren westlichen Kolleginnen und Kollegen nicht sofort erreichen können. Sie erwarten aber zu recht, daß ihr Begehren dem Grunde nach anerkannt und ihnen mit einem Stufenplan eine Perspektive geboten wird. Der BRH-Bundesvorstand appelliert an die kommende Bundesregierung, diese Forderung, aufzugreifen und mit den Betroffenen Lösungen zu erarbeiten.

Menschenrechte in Deutschland eingefordert

Am 24. November 1998 veröffentlichte „Neues Deutschland“ einen **13-Punkte-Katalog des Forums für Menschenrechte**, in dem auf erhebliche Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik verwiesen und die neugewählte Bundesregierung zur Umsetzung der Menschenrechte aufgefordert wird. Dem Forum gehören 38 Organisationen an, darunter auch die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde / GBM.

Punkt 12. Gleiche Rechte für Ost und West konstatiert Bedarf an einer Auseinandersetzung mit Menschenrechtsfragen im Zuge des deutschen Wiedervereinigungsprozesses, die vollinhaltlich auch den Auffassungen und dem Wirken von ISOR e.V. entsprechen. Darin heißt es:

„Das Forum Menschenrechte fordert den neugewählten Bundestag und die neue Bundesregierung ... auf, die signifikante Einschränkung grundlegender Menschenrechte für Bürger der ehemaligen DDR in den neuen Bundesländern zu beenden, die insbesondere in längeren Verjährungsfristen im Strafrecht, bei Diskriminierungen im Beruf, einer politischen Instrumentalisierung des Rentenrechts sowie einem verminderten Eigentumsschutz zum Ausdruck kommen.“

bei, die PDS und die Regierung in ihren Vorhaben durch politische Aktivität zu unterstützen und zugleich herauszufordern.

Das schließt auch den Disput mit Regierungsvertretern der anderen neuen Bundesländer ein, die weitergehende Korrekturen des RÜG bisher blockiert haben. *Dr. Dietrich Richter*

Der Bundesvorstand des BRH hat sich auf seiner Herbsttagung u.a. auch zur Versorgung bestimmter Personengruppen geäußert und dem Bundestag die nachfolgende Entschliebung zugeleitet:

Entschliebung zum Versorgungsunrecht in den neuen Ländern

Rund acht Jahre nach der Vereinigung geht noch immer ein tiefer Riß durch Deutschland, denn einige Personengruppen in den neuen Bundesländern, deren Vergütung während



Die AG Recht informiert:

Erneut zur Höherversicherung

In einer Anzahl von Verfahren wegen „Höherversicherung“, in denen seitens der Sozialgerichte bzw. Landessozialgerichte dem beantragten Ruhen des Verfahrens nicht gefolgt wurde, regen Gerichte den Abschluß eines (Unterwerfungs-) Vergleichs mit folgendem Inhalt an:

Der beklagte Rentenversicherungsträger erklärt sich bereit (unterwerfe sich), den angefochtenen Rentenbescheid in Gestalt des Widerspruchsbescheides nach § 44 SGB X zu überprüfen, wenn in den beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfassungsbeschwerden oder Vorlageverfahren eine für den Kläger günstige Entscheidung ergeht. Die Beklagte solle in diesem Falle verbindlich erklären,

daß sie sich nicht auf Verjährungsfristen oder die Frist des § 44 Abs. 4 Satz 1 SGB X berufen wird. Die Gerichte

haben in diesen Fällen keinen Zweifel daran gelassen, daß mit Hinweis auf die Rechtsprechung des BSG (hierzu Information in

ISOR aktuell 5/98) anderenfalls die Klage abgewiesen bzw. die Berufung zurückgewiesen würde.

Die Annahme eines derartigen Vergleichs ist im Hinblick auf die zu erwartende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eine mögliche Variante der Erledigung des Rechtsstreites, ohne daß hierbei für unsere Mitglieder Nachteile entstehen. Auch in den von den Anwälten geführten Verfahren wird nach Prüfung im Einzelfall einem derartigen Vergleich zugestimmt.

Mitglieder, die in den Verfahren „Höherversicherung“ nicht anwaltlich vertreten sind, sollten für weitere Auskünfte das Anwaltsbüro konsultieren, wenn ein Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt wird.

Erst nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes wird zu prüfen und neu zu bewerten sein, wie die Ansprüche wegen „Höherversicherung“ weiter verfolgt werden können. Es erfolgt dann kurzfristig Information in ISOR aktuell.

Der Vorstand teilt mit:

Der Vorstand befaßte sich am 26.11.98 u.a. mit:

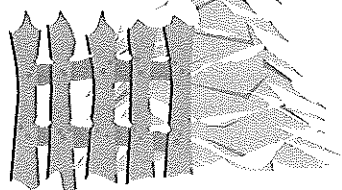
- Maßnahmen zur schnellen Information aller Mitglieder nach Entscheidung des BVG und den durchzuführenden Versammlungen sowie der Vorbereitung der Beiratstagung am 12. Dezember;
- dem Ergebnis eines Gedankenaustauschs des Stellv. Vorsitzenden Peter Fricker mit dem TIG-Vorstand Dresden über die weitere Arbeit von ISOR e.V.;
- den Beratungen mit Vorstandsmitgliedern und Betreuern der TIG-Berlin-Hohenschönhausen zur Festigung der TIG und zur Klärung von Fragen, die nach der mündlichen Verhandlung des BVG vom 21. Juli entstanden waren.

Der Vorstand nahm einen Bericht über die ISOR-Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern unter Berücksichtigung der nach der Regierungsbildung entstandenen neuen Bedingungen entgegen und beriet unterstützende Maßnahmen und informierte sich über die Teilnahme der Vorstandsmitglieder der Horst Hartkamp/Neustrelitz an der Armutskonferenz sowie Dietrich Richter/Stralsund an der Sozialpolitischen Konferenz der PDS Mecklenburg-Vorpommerns (siehe S. 2) und die dort von ISOR eingebrachten Standpunkte.

Der Bericht Werner Zimmermanns über den Finanzplan des Vereins wurde vom Vorstand bestätigt, der aus gegebener Veranlassung festlegte, die Ziffer 7 des Schreibens von Kassenverwalter und Geschäftsführer vom 9. November 98 aufzuheben.

Damit kann mit der Kassierung der Mitgliedsbeiträge 1999 wie bisher im Januar begonnen werden.

Der Vorstand befaßte sich mit ISOR-Aktivitäten im Rahmen der Arbeit des Ostdeutschen Kuratoriums und legte weitere Unterstützungsmaßnahmen fest.



Die

Redaktion

wünscht unseren Lesern

ruhige und schöne Feiertage

und ein erfolgreiches neues Jahr!

Wir danken allen,

die mit ihrer Mitwirkung

die Arbeit unseres Blättchens

begleitet und ermöglicht haben.



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

ERHARD BEYER, Leipzig
 KURT BRENNIG, Schildow
 ANNEMARIE COURS, Berlin-Treptow
 RICHARD ENDERLEIN, Berlin-Hohenschönh.
 REINHOLD ENDLER, Binz
 HERBERT FLEISCHER, Pasewalk
 WOLFGANG FRANKE, Raguhn
 HORST HEIDEKORN, Stuer/Waren
 ERICH HÜBNER, Potsdam-Waldstadt
 ARNOLD IHLE, Saßnitz
 KARL-HEINZ KILLAN, Berlin-Marzahn
 HEINZ KÖRNER, Dresden
 IRMGARD KRÜGER, Seddin
 GÜNTER LEUSCHNER, Bützow
 GERHARD LÖB, Dresden
 HELGA LÖFFLER, Bernau
 BRUNO LOEPER, Berlin-Friedrichsfelde
 GEORG MIKOSCH, Berlin-Karlshorst
 JUDITH OHAGE, Jena
 KURT RASTIG, Riesa
 GERHARD SCHMIEDEL, Berlin-Treptow
 HANS-DIETER SCHÖN, Berlin-Pankow
 FRITZ SCHÖRNIG, Berlin-Mahlsdorf
 KURT SCHREYER, Dresden
 JOHANNA SLAWISCH, Zwickau
 RICHARD THIEL, Stralsund
 JOACHIM THIEM, Berlin-Marzahn
 SIEGFRIED ULBRICHT, Berlin-Hohenschönh.
 WERNER WEIGELT, Gera
 HANS-JOACHIM WILL, Rostock
 HELGA ZIMMERMANN, Saalfeld
 ERICH ZSCHERPER, Riesa

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
 Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

29 78 43 18 - AG Recht

29 78 43 19 - Öffentlichkeitsarbeit

„ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16

Post: ISOR e.V. · Postfach 700423 · 10324 Berlin

Sprechstunden:

Dienstag 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

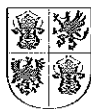
ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

Nicht wegwerfen! – Weitengeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitengeben!



Aus unseren TIG



In einem weiteren Podiumsgespräch mit Zeitzeugen hatte die TIG **Strausberg** Dr. **Gerhard Schürer**, vormals Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR, als prominenten Gast zum Thema „*Ökonomie der DDR – Anspruch und Wirklichkeit*“ eingeladen. Nicht nur viele ISOR-Mitglieder, sondern auch andere Interessierte waren unserer Einladung gefolgt und nutzten die Gelegenheit, sie bewegende Fragen zu stellen. Es ging nicht in erster Linie um eine Diskussion über Fehler, die in der Vergangenheit liegen.

Dr. Gerhard Schürer hatte hierzu in seinem einleitenden Vortrag bereits mit hoher Sachlichkeit Stellung genommen und sich zu der ihm übertragenen Verantwortung bei der Leitung und Planung der Volkswirtschaft der DDR bekannt.

In seiner Biographie „*Gewagt und verloren*“, die in diesen Wochen ihre 4. Auflage erlebt, ist eine Analyse und Darstellung der wesentlichen Gründe und Zusammenhänge enthalten, die zum Untergang der DDR und ihrer Volkswirtschaft führten.

Die an Dr. Schürer gerichteten Fragen waren hauptsächlich bestimmt von der Sorge um die gegenwärtige Entwicklung und Zukunft der Menschheit an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. In seinen Antworten setzte er sich u.a. mit der Behauptung auseinander, daß die neuen Bundesländer durch die sogenannten Transferleistungen Fördermittel in Höhe von einer Billion DM erhalten hätten.

Dr. Schürer erkannte Aufbauleistungen mit Hilfe von Fördermitteln durchaus an, wies aber nach, daß die ständig strapazierte Zahl von einer Billion DM eine unehrliche Rechnung ist, weil sie das, was in den alten Bundesländern zur Normalität staatlicher Ausgaben gehört, in den neuen Bundesländern zu Fördermitteln mutiert und der aus den tatsächlichen Fördermitteln erzielte Gewinn, der von Ost nach West transferiert wird, völlig unberücksichtigt bleibt. Mit einer solchen Herangehensweise werden die Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer diskriminiert und die der alten Bundesländer in die Rolle der „Kostenträger der deutschen Einheit“ gedrängt. Damit wird dem Einigungsprozeß ein erheblicher Schaden zugefügt.

Dr. Horst Roigk



Nach langen Bemühungen war es am 31.10.98 der TIG **Klingenthal / Auerbach / Reichenbach** erstmals möglich, eine Gesamtveranstaltung für alle Mitglieder und ihre Ehepartner durchzuführen. Ein zünftiges Schlachtfest

mit Musik und Tanz bildete hierzu den äußeren Rahmen. Für viele unserer Mitglieder kam es nach vielen Jahren zu ersten Begegnungen mit ehemaligen Kampfgefährten und Freunden. Die Veranstaltung war bestens besucht und forderte den Vorstand zu weiteren diesbezüglichen Aktivitäten.

Harald Schindler



Seit Jahresbeginn 1998 hat die TIG in der ukermärkischen Kreisstadt **Prenzlau** einen Zuwachs von sechs Mitgliedern. Gute Resonanz finden die monatlich einmal stattfindenden Auskunftsstunden zu Rentenfragen. Eine zunehmende öffentliche Anerkennung der TIG drückt sich auch in der Tatsache aus, daß prominente Gäste gern der Einladung zu Mitgliederzusammenkünften folgen. So die Leiterin des Versicherungsamtes der Kreisverwaltung Uckermark, der Abgeordnete des brandenburgischen Landtages, Dr. Karsten Wiebke (SPD) und der Vorsitzende des Prenzlauer Mietervereins, Hubert Moser (PDS), der erneut für den Kreistag Uckermark kandidiert. Übrigens, dieser Schritt, die Zusammenkünfte interessanter zu gestalten, ist ein erstes Ergebnis einer Anregung, die ISOR-Beiratsmitglied Wilfried Riekhof im März in Prenzlau gab. Über die Veranstaltungen wird auch regelmäßig in der Lokalpresse informiert. Auf der Zusammenkunft im September wurde von TIG-Mitgliedern erneut die Hoffnung auf ein Urteil des BVG ausgedrückt, mit dem politisches Rentenstrafrecht endgültig beseitigt und die Diskriminierung von Bürgern der ehemaligen DDR aufgehoben wird.

P. Herzberg



Am 23.09.98 trafen sich 53 Freunde der TIG **Marienberg** und **Annaberg** (Mitglieder mit Ehepartner) auf dem Parkplatz des Sporthotels „Katzenstein“ in Pobershau zu einer Herbstwanderung. Die Veranstaltung wurde langfristig vorbereitet und hervorragend vom Geschäftsführer des Sporthotels und seinem Team organisiert. Es war eine gelungene Veranstaltung, die das Zusammengehörigkeitsgefühl festigte.

Bei dem Sporthotel handelt es sich um das frühere MDI-Heim. Es ist auch für Gruppen- oder individuelle Ausflüge – auch mit Übernachtungen – zu empfehlen.

Hier die Anschrift:

Sporthotel „Katzenstein“, Amtsseite, Bergstraße 1, 09496 Pobershau, Tel. (03735) 770, Geschäftsführer Herr Neugeboren

Rückblende '98

10. Februar

Führende Politiker der DDR protestieren mit einer öffentlichen Erklärung gegen die Diskriminierung und Verfolgung ehemaliger Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland: „Wir richten einen eindringlichen Appell an die Öffentlichkeit, an verantwortliche Politiker in aller Welt: Helfen Sie nach Ihrem Vermögen mit, die rechtswidrige Verfolgung von DDR-Bürgern endlich zu beenden!“

21. März

Vorstand und Beirat von ISOR e. V. beraten gemeinsam über die Weiterführung der Protestoffensive gegen Versorgungs- und Rentenstrafrecht. Vorsitzender Horst Parton: „Gerade jetzt brauchen wir vor allem politisch noch größere Aktivität!“

16. Mai

Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden stellt auf seinem 5. Kongreß „Die andere Bilanz“ vor – eine Zeitung, die in Vorbereitung der Bundestagswahlen zum Nachdenken anregen soll. Der Kongreß fordert in einem offenen Brief die Einhaltung des Artikels 36 des Grundgesetzes.

20. Juni

„Aufstehen für eine andere Politik“ ist die Losung einer Großdemonstration in Berlin. ISOR-Mitglieder aus den neuen Bundesländern und der Hauptstadt sind dabei und vertreten ihre Forderungen. Am Alexanderplatz findet der gemeinsame Info-Stand von ISOR und GRH regen Zuspruch.

21. Juli

Das Bundesverfassungsgericht verhandelt über Vorlagebeschlüsse und Verfassungsbeschwerden zum AAÜG. ISOR e. V. wird von den Rechtsanwälten Benno Bleiberg und Mark Schippert vertreten, die von den Sachverständigen Prof. Dr. Wolfgang Edelmann und Prof. Dr. Willi Hellmann begleitet werden. Prof. Dr. Axel Azzola nimmt als Prozeßbevollmächtigter von Klägern, die Mitglied von ISOR e.V. sind, an der Verhandlung teil. Ein Termin für die Urteilsverkündung wird nicht genannt.

27. September

Eine deutliche Wählermehrheit entscheidet sich für einen Politikwechsel in Deutschland. ISOR-Vorsitzender Horst Parton sendet Glückwünsche im Namen der Mitgliedschaft an führende Politiker und stellt zugleich fest: „Im Sinne des im Grundgesetz verankerten Verfassungsprinzips der Gleichbehandlung erwartet ISOR vom neugewählten Bundestag und der neuen Bundesregierung die Beseitigung aller noch bestehenden Diskriminierungen.“